

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 129. Ratssitzung vom 20. Juni 2012

2829. 2012/113

Weisung vom 21.03.2012:

Finanzverwaltung, Genehmigung der Rechnung 2011

Vergleiche Bericht und Anträge der Rechnungsprüfungskommission vom 11. Juni 2012

Eintretensdebatte:

Roger Liebi (SVP) stellt den Bericht der RPK zur Rechnung 2011 vor: Die Laufende Rechnung 2011 der Stadt Zürich schliesst bei einem Aufwand von 7,8497 Mrd. Franken und einem Ertrag von 7,8439 Mrd. Franken mit einem Aufwandüberschuss von 5,8 Mio. Franken. Budgetiert war ein Aufwandüberschuss von 56,6 Mio. Franken. Die Ergebnisverbesserung von 56,6 Mio. Franken ist hauptsächlich wegen einer Reduktion des Sachaufwands und wegen verminderter Energieeinkäufe zustande gekommen. Die Investitionsausgaben von 873,8 Mio. Franken sind 282,4 Mio. Franken tiefer, als im Budget inkl. Zusatzkredite vorgesehen war. Der Selbstfinanzierungsgrad hat sich gegenüber dem Budget erhöht, er liegt bei 77,7 %. Der Investitionsplafond von ungefähr 750 Mio. Franken netto wurde eingehalten. Auch die Gemeindebetriebe haben gute Abschlüsse erreicht, allerdings konnte das ewz etwas weniger als budgetiert an die Stadtkasse abliefern. Das Finanzvermögen hat um 27,5 Mio. Franken auf 5,12 Mrd. Franken abgenommen, das Verwaltungsvermögen hingegen hat aufgrund der Investitionstätigkeiten um 240,5 Mio. Franken auf 6,64 Mrd. Franken zugenommen. Das Fremdkapital hat im Vergleich zum Vorjahr um 149,1 Mio. Franken zugenommen und lag Ende 2011 bei 8,71 Mrd. Franken. Mit dem Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung ist das Eigenkapital per Ende 2011 auf 714,1 Mio. Franken gesunken. Die RPK hat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass die Möglichkeiten zur vorzeitigen Beendigung von Cross-Border-Leasing (CBL)-Verträgen teilweise wahrgenommen wurden und ohne Verluste erfolgten. Befremdet ist die RPK jedoch darüber, dass die im Rahmen der Beendigung anfallenden Kosten nicht – wie rechtlich vorgeschrieben – mit einem Zusatzkredit beantragt wurden. Die RPK erwartet von der Stadtverwaltung nach der mehrfach kritisierten Umsetzung von Zusatzkreditbegehren endlich eine Verbesserung. Für das Schulamt wird eine Überschreitung der budgetierten Stellenwerte um 64,4 Vollzeitäquivalente ausgewiesen. Die RPK stellt fest, dass das Schulamt weder bei der Planung des Stellenbedarfs noch beim Controlling der Stellenentwicklung korrekt funktionierende Prozesse eingerichtet hat, und nimmt zur Kenntnis, dass der Direktor des Schulamts eine Task Force eingesetzt hat, um die krassen Mängel im Planungs- und Budgetierungsprozess und im Controlling zu überprüfen. Weiter hat die RPK mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass das ewz Gesellschafterdarlehen nach ihrer Rückzahlung den Rahmenkrediten für die Realisierung von Windenergieanlagen gutgeschrieben hat. Die RPK fordert den Stadtrat auf, die Darlehensrückzahlungen in der Zwischenabrechnung der Objektkredite wieder abzuziehen und die im Budgetanhang aufgeführten Werte der

Restkredite anzupassen. Zum Ausblick: Das ewz steht aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, des Bevölkerungszuwachses und mittelfristig auslaufender Lizenzen vor grossen Herausforderungen. Die Auswirkungen der europäischen Schuldenkrise und der neuen Regulierungen in der Finanzindustrie auf die Stadt Zürich sind noch unklar und könnten die Laufende Rechnung der Stadt Zürich mittelfristig beeinflussen. Vor diesem Hintergrund muss die Entwicklung des Fremdkapitals und der Nettoschulden besonders kritisch beurteilt werden. Andererseits gilt es im Positiven die Planungsgenauigkeit des Stadtrats, namentlich auf der Einnahmen- und Investitionsebene, als sicherndes Element hervorzuheben.

Fraktionserklärungen: siehe Protokoll Nrn. 2830–2836

Namens des Stadtrats nehmen die Vorsteher des Finanz- und des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: *Ich habe mich über die sehr grosse Ausgabendisziplin der Verwaltung gefreut. Hinter den oft gezogenen Parallelen zu maroden europäischen Ländern kann ich hingegen nicht stehen. Die pauschalen Kürzungen können natürlich nicht immer repetiert werden. Über die diesbezüglichen Möglichkeiten werden wir mit der RPK diskutieren. Um die Verzichtsplanung bei Wohnungen werden wir hoffentlich herum kommen. Dem Ausblick sind zwei schwergewichtige Herausforderungen zu entnehmen, nämlich der steigende Betreuungsbedarf und die instabile Situation im Gesundheitswesen. Unseren Unternehmen geht es zwar deutlich besser als anderen, aufgrund des Eurokurses ist aber selbstverständlich eine Margenverengung vorhanden, sodass wir nicht mit durchstartenden Steuererträgen rechnen können. Das Klumpenrisiko Finanzplatz besteht schon seit 2008. Deshalb behalten wir die Situation im Auge. Die Chancen stehen nicht schlecht, dass wir die zukünftigen Herausforderungen meistern können. Zurücklehnen dürfen wir uns aber keinesfalls.*

STR Gerold Lauber: *Das Schulamt ist im Bericht der RPK leider sehr negativ prominent. Das Schulamt, das Departement und der Vorsteher haben Fehler gemacht. Dafür wurden wir von der RPK zu Recht streng gerügt, und dafür übernehme ich die Verantwortung. Es gibt keine Entschuldigungen, aber vielleicht ein paar Erklärungen: Für den Ausbau der Hortplätze gibt es zwei rechtliche Grundlagen, nämlich die kommunale Verordnung und das Volksschulgesetz. In den letzten Jahren konnten wir die Plätze im Bereich Hort verdoppeln. Die Nachfrage wird weiterhin stark steigen. Die Planung ist machbar und wird nächstes Jahr garantiert richtig durchgeführt werden. Es gibt allerdings verschiedene, ganz schwierige Schnittstellen zwischen der Hortleitung, der Leitung Betreuung, der Schulleitung, den Kreisschulpflegern, der IMMO sowie dem Amt für Hochbauten. Wir haben viele Anstellungen im Monatslohn und fast gleich viele im Stundenlohn. Wir haben unterschiedliche Pensen – viele davon Teilzeit und kurzfristig abrufbar. Wir unterliegen starken Monatsschwankungen, haben weiter Ferienhorte und die Betreuung in den Sonderschulen. Wir arbeiten mit Jahresdurchschnittszahlen, was das Ganze nicht einfacher macht. Das Reporting haben wir mittlerweile im Griff. Das Controlling-System hingegen hat im letzten Herbst noch nicht gegriffen, was uns hier auch zu Recht vorgeworfen wird. Prozedurale und personelle Konsequenzen sind die Folge. Die Budgetierung der Personalkosten soll möglichst transparent erfolgen. Der positive Ab-*

3 / 7

schluss des Schulamts ist nur halb befriedigend, weil wir zwar unter dem Budget abgeschlossen, aber zusätzliche Mittel gebraucht haben. An die im Bericht erwähnte Aussage vom November 2011, wonach wir genügend Mittel hätten, kann ich mich nicht erinnern. Klar ist, dass es für Hortplätze nicht nur genügend Geld, sondern auch geeignete Strukturen und das richtige Personal braucht. Betreuung und Schule wachsen zusammen, in den letzten 175 Jahren stand der Bereich Schule nie vor derart grossen Herausforderungen wie heute. Am Thema Tagesschulen arbeiten wir intensiv. Die Nachfrage wird weiter steigen, und deshalb sind wir froh, dass die RPK den Ausbau auch in Zukunft aufmerksam begleiten wird.

Eintreten ist unbestritten.

Dispositivziffer 1

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): *Die Mehrheit der RPK ist zufrieden, dass es der Stadt Zürich gut geht, honoriert die Haushaltsdisziplin der Verwaltung und beantragt, die Verwaltungsrechnung 2011 der Stadt Zürich zu genehmigen.*

Roger Liebi (SVP): *Wir haben wieder 150 Mio. Franken mehr Schulden, es sind jetzt 8,7 Mrd. Franken. Es ist natürlich einfach, bei einem tiefen Zinssatz Investitionen zu tätigen und Schulden zu machen. In ausländischen Städten, wo Bauten mit internationaler Ausstrahlung errichtet wurden, ist das Geld bereits verfallen, der Rest wird folgen. Angesichts der steigenden Grundstücksgewinnsteuern erstaunt es mich, dass die linken Parteien über die Rechnung erfreut sind. Dies zeugt von einer schizophrenen Politik. Die Hälfte des Obligationenportfolios der Pensionskasse der Stadt Zürich ist mittlerweile in inflationsgeschützte Anlagen investiert; die positive Bilanz von Stadtrat Martin Vollenwyder erstaunt deshalb. Fakt ist: Schulden bereiten uns Sorgen. Wir stehen vor sehr schwierigen Herausforderungen. Einmal mehr wurde die Chance verpasst, Eigenkapital zu bilden. Deshalb können wir die Rechnung 2011 nicht annehmen.*

Weitere Wortmeldungen:

Monika Erfigen (SVP): *Ein paar Beispiele aus der Rechnung 2011 zur Veranschaulichung, wie der linke Stadtrat Steuergelder verschleudert: Der neue Leiter Parlamentsdienste hat den Steuerzahler schon viele Franken für Abgangsentschädigungen für ehemalige Angestellte der Parlamentsdienste gekostet. Das vom Gemeinderat bewilligte Budget 2011, z. B. für Aus- und Weiterbildung, wurde um rund 60 % überschritten. Der damalige Gemeinderatspräsident bewilligte die Ausgaben in Eigenregie, ein Zusatzkreditbegehren wurde dem Parlament nie gestellt. Für sogenannt unverschuldete Entlassungen, von denen aber gar nicht die Rede sein kann, gibt die Stadt Zürich jedes Jahr 1-2 Mio. Franken aus. Die Stadt Zürich honoriert auch Beendigungen des Anstellungsverhältnisses im gegenseitigen Einvernehmen, welche nicht im geringsten etwas zu tun haben mit unverschuldeten Entlassungen. Neben dem vom Kanton aufoktroierten Pflichtbetrag von 7,7 Mio. Franken an die Asylorganisation Zürich sind von der Stadt*

4 / 7

Zürich zusätzlich freiwillige Spezialleistungen von rund 1,7 Mio. Franken gesponsert worden: Das Projekt Trampolin Basic, das Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine Zwischenlösung und den Zugang zu Brückenangeboten und Berufsausbildungen erleichtern soll, erleichtert den Stadtzürcher Steuerzahler um rund 340 000 Franken. Die Hotline und Beratungsstelle Konfliktophon, die bei kulturell gefärbten Konflikten vermittelt, hat 121 000 Franken gekostet. Das Internetcafé für junge Schwarze hat Kontakt- und Informationsmöglichkeiten mit niedriger Zugangsschwelle und einfachen Beratungs- und Triageangeboten geschaffen – was auch immer das heissen soll. So besonders und originell die freiwilligen städtischen Leistungen sind, so wahrscheinlich ist es auch, dass das Geld für Leute ausgegeben wird, die unser Land in aller Regel schon bald wieder verlassen müssen.

Theo Hauri (SVP): Von «Kapputtsparen» kann angesichts der Rekordsteuereinnahmen von 2,39 Mrd. Franken und dem Ausgabenüberschuss von rund 5,8 Mio. Franken keine Rede sein. Leider hat die Ratsmehrheit Zusatzkredite von fast 6 Mio. Franken verabschiedet. Das sogenannt gute Resultat ist allerdings weitgehend durch weniger Aufträge an Dritte aus Wirtschaft und Gewerbe sowie durch wesentlich günstigere Energiekosten zustande gekommen. Nur eine finanzstarke Stadt mit einer noch schlankeren Verwaltung und noch weniger Luxusausgaben wird die kommenden wirtschaftlichen Turbulenzen einigermaßen schadlos überstehen. Nachbesserungsbedarf besteht z. B. im Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED) und im Departement der Industriellen Betriebe (DIB). Das Fremdkapital muss konsequent abgebaut werden, und das völlig ungenügende Eigenkapital ist markant zu stärken.

STR Martin Vollenwyder: Es ist richtig, dass die Pensionskasse inflationsgeschützte Obligationen zeichnet. Deshalb nehmen wir tendenziell auch eher mehr Reservefremdkapital auf. Die Inflationsgefahr wird eines Tages natürlich wieder bestehen – zum Glück wissen wir nicht wann.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 1

1. Die Verwaltungsrechnung 2011 der Stadt Zürich wird genehmigt.

Zustimmung:	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Ablehnung:	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
Enthaltung:	Walter Angst (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 89 gegen 24 Stimmen zu.

Dispositivziffer 2

Kommissionsreferent:

Roger Liebi (SVP): Ich empfehle ihnen die Dispositivziffer 2 zur Annahme.

5 / 7

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 2

2. Aufgrund der Rechnung 2011 werden per Saldo Einlagen in die Bestandeskonten der Pilotbetriebe zulasten der Rechnung 2012 von Fr. 2 492 800.– genehmigt.

Zustimmung: Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 116 gegen 0 Stimmen zu.

Dispositivziffer 3

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit der RPK bittet, der Rechnung 2011 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) zuzustimmen.

Roger Liebi (SVP): Wir haben Rekordzahlen im Asylwesen und eine Asyl-Organisation, die mehr tut, als sie eigentlich müsste – und gleichzeitig die riesigen Probleme und Missstände ignoriert. Die AOZ hat sich breiter abgestützt, um ihre Leute auch in asyl-konjunkturell schwächeren Lagen beschäftigen zu können. Nun hat sie zwei Strukturen und braucht entsprechend Geld, um allen ihren Leistungen nachkommen zu können. Würde sie sich aber an ihre Soll-Leistungen halten, müsste sie keinen Verlust ausweisen. Auch in diesem Bereich möchte die Stadt Zürich offenbar international ausstrahlen, verkennt dabei aber den entgegenlaufenden Willen der Bevölkerung. Die AOZ in dieser Form können wir nicht unterstützen.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): Die RPK und der Gemeinderat haben den Auftrag, den Umgang mit den finanziellen Ressourcen anzuschauen. Die AOZ hat relativ viel Geld zur Verfügung, aktuell sind es 53,5 Mio. Franken bei einem Verlust von 1,1 Mio. Franken. Ihr sozialistisches Programm umfasst Betreuung, Unterkunft, Wohlfühl- und Beratungsangebote, unter anderem Familiencoaching. 2010 gab es 49 Fälle von Familiencoaching, wobei für eine Familie sage und schreibe 100 Stunden aufgewendet wurden. 2011 waren es 42 Fälle zu 160 Stunden. Im Workcenter waren 2011 28 % weniger Personen als im Vorjahr, dafür ist die Zahl der Personen im Assessment von 43 auf 111 gestiegen.

Dr. Guido Bergmaier (SVP): Einerseits ist das Ziel der AOZ die Wahrnehmung aller Aufgaben im Asylwesen, zu denen die Stadt Zürich aufgrund übergeordneter Gesetze verpflichtet ist. Auch die SVP ist der Meinung, dass die humanitäre Tradition der Aufnahme echter Flüchtlinge jederzeit gewährleistet sein muss. Andererseits nimmt die AOZ auch gern Wünsche von der Stadt entgegen, vor allem für besondere städtische Integrationsbedürfnisse im Auftrag des Stadtrats. Dabei handelt es sich um steigende Beträge

über aktuell 1,5 Mio. Franken. Die Finanztransfers an die AOZ in Bezug auf gesetzliche Minimalaufträge und für die freiwilligen zusätzlichen Leistungen durch die Stadt Zürich sind für Normalbürger undurchsichtig, weil sie unter dem Namen Asyl-Organisation etwas anderes verstehen. Ursprünglich war die AOZ für die kommunale Asyl- und Flüchtlingsfürsorge im kantonalen Auftrag zuständig. Immer mehr asylbewerbende Menschen aus der ganzen Welt kommen in die Schweiz und vor allem nach Zürich, weil die AOZ Zürich als die asylfreundlichste Stadt in Europa anpreist. Fast 80 % der Asylsuchenden sind Männer zwischen 25 und 30 Jahren, die sehr schnell Sozialhilfe beziehen können. Zeitungsberichte über die gestiegene Kriminalität werden verdrängt. In den letzten Jahren hat sich die AOZ in eine Richtung entwickelt, die von vielen Leuten nicht mehr als richtig beurteilt wird. Qualitätseinbussen und Verzicht beim Leistungsangebot der AOZ wären verkraftbar. Die AOZ muss zurückgebunden werden, damit die unerwünschte Zuwanderung nicht noch mehr gefördert wird. Schulden dürfen nicht mehr geduldet werden, Fehlbeträge müssten abgezogen statt abgenickt werden. Die Hilfe muss sich auf Nothilfe beschränken. Der Stadtrat soll sich überlegen, wie er die AOZ neu organisieren und zutreffender benennen könnte, um funktionelle und finanzielle Klarheit für die Bevölkerung zu schaffen.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 3

3. Die Rechnung 2011 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem Verlust von Fr. 1 132 180.63 wird – gestützt auf Art. 6, Ziff. 3 und 4 der Verordnung über die Asylorganisation Zürich vom 2. März 2005 – genehmigt.

Zustimmung: Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Ablehnung: Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 90 gegen 26 Stimmen zu.

Dispositivziffer 4

Kommissionsreferent:

Roger Liebi (SVP): *Nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Rechnungen 2011 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien, der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich und der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich nach der Abnahme durch die jeweiligen Stiftungsräte dem Gemeinderat separat vorgelegt werden.*

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer 4

4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Rechnungen 2011 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien, der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich und der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich nach der Abnahme durch die jeweiligen Stiftungsräte dem Gemeinderat se-

7 / 7

parat vorgelegt werden.

Zustimmende Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP),
Kenntnisnahme: Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Ausstand: Daniel Meier (CVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 113 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Die Verwaltungsrechnung 2011 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Aufgrund der Rechnung 2011 werden per Saldo Einlagen in die Bestandeskonten der Pilotbetriebe zulasten der Rechnung 2012 von Fr. 2 492 800.– genehmigt.
3. Die Rechnung 2011 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem Verlust von Fr. 1 132 180.63 wird – gestützt auf Art. 6, Ziff. 3 und 4 der Verordnung über die Asylorganisation Zürich vom 2. März 2005 – genehmigt.
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Rechnungen 2011 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien, der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich und der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich nach der Abnahme durch die jeweiligen Stiftungsräte dem Gemeinderat separat vorgelegt werden.

Mitteilung an den Bezirksrat und den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 27. Juni 2012 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat